

Steuerungsgruppe RT 16092021 Protokoll

Anwesende: Beate Neuwirth, Brigitte Sonntag, Birgit Weddig, Anita Grupp, Johannes Hartmann, Entschuldigt: Anke Humm, Carl Cellarius, Claudia Ginkel

- **Lage in Afghanistan und unsere afghanischen Flüchtlinge**

Es bestand Einigkeit, dass viele Menschen in Afghanistan, darunter viele Angehörige der hier lebenden Flüchtlinge, in großer Gefahr sind. Auch darin, dass längst nicht so viele Menschen ausgeflogen werden können, wie es die von der Regierung angegebenen Zahlen suggerieren. Viele Flüchtlinge hier machen sich große Sorgen. Auch ist es momentan nicht mehr möglich, Geld für den Unterhalt an die Familien zu schicken. Johannes hatte vorgeschlagen, ein Treffen zum Erfahrungsaustausch und gemeinsamer Verarbeitung der Ängste zu organisieren. Dafür besteht wohl kein Bedarf. Die meisten haben ihren Bekanntenkreis, in dem die getan wird und wollen ihre Ängste nicht unbedingt mit bis dahin Unbekannten teilen, vor allem, weil man nicht weiß, mit wem man es zu tun hat, denn die Flüchtlinge sind keine homogene Personengruppe. Wichtig ist es jetzt, den Arbeitsplatz zu erhalten und seine Zukunftsplanung sowie bereits errungene Erfolge nicht zu gefährden. Geplante Familiennachzüge sind noch schwieriger geworden. Ob die Einreichung eines Asylfolgeantrages sinnvoll ist, hängt stark von der jeweiligen Lage ab. Das könnte sich später noch klären, erfordert aber meist die Einbeziehung guter Rechtsanwälte.

- **„Ortskräfte“ in Friedberg?**

Frau Mourek hat auf Anfrage von Johannes berichtet, dass einige Ortskräfte bereits in Friedberg eingetroffen und weitere angekündigt sind. Es gäbe auch Angebote aus der Bevölkerung, Einzelne unterzubringen, was nichts bringt, weil der weitere Weg bei vielen noch geklärt werden muss, so dass die Betroffenen in Unterkünften des Kreises leben müssen. Da es sich zum Teil um große Familien handelt, wäre sie für das Angebot von Mietwohnungen an den Wetteraukreis sehr dankbar, weil die meisten Unterkünfte für große Familien nicht ausgelegt sind.

- **Weitere Arbeit des Runden Tisches**

Die Arbeit des Runden Tisches soll weiter gehen. Die Fahrradgruppe ist auf dem Gelände der Kinderfarm Jimbala noch in Betrieb. Der Interkulturelle Treff im Fünf-Finger-Treff will nach den Herbstferien wieder starten, allerdings nur als wöchentliches Beratungsangebot donnerstags von 17 bis 19 Uhr. Daran teilnehmen wollen außer Ehrenamtlichen des Runden Tisches und Maria Wittich als Honorarkraft des Fünf-Fingertreffs noch Christine Hölzinger vom evangelischen Familienzentrum. Eine Zusammenarbeit mit der Linken Hartz IV Hilfe wird angestrebt. Beate will versuchen, mit den anderen Lehrkräften von vor Corona Di + Do von 9 -11 Uhr wieder einen informellen Sprachkurs für Flüchtlinge anzubieten, die Nachhilfe brauchen oder sonstige individuelle Förderung. Natürlich unterstützen Ehrenamtliche weiterhin Flüchtlinge individuell.

- **Finanzen des RT 5768 Euro**

Dieses Geld ist noch von den Spendengeldern, die seit 2015 eingegangen sind, übrig. Sie sollen weiter den Spendenzwecken entsprechend eingesetzt werden, allerdings etwas großzügiger als anfangs. So z.B. für Fahrtkosten zu Sprachkursen oder Unterstützung von Flüchtlingen, die keine Sprachkursförderung mehr erhalten, ihr Deutsch aber weiter verbessern wollen. Jeweils eine zumutbare Eigenbeteiligung soll weiter eingeplant werden. Auch Kinderbetreuung für Frauen, die sonst nicht teilnehmen können sind eingeplant. Dies wurde einstimmig beschlossen.

- **Heiraten ohne Pass**

Gerade bei Eritreern und Somaliern ist da ein großes Problem, das kaum gelöst werden kann. Eltern, die Zusammenleben und gemeinsame Kinder haben, können ohne Pass nicht heiraten, Geburtsurkunden werden von den Standesämtern nicht akzeptiert. Haben sie dann einen Identitätsnachweis, wird er ebenfalls nicht akzeptiert, weil die Staaten als „Failed States“ nicht eingestuft werden. Abgesehen davon, dass viele der Betroffenen sich darum nicht kümmern möchten, weil sie Angst haben, dass zurückgebliebene Familienangehörige Schwierigkeiten bekommen. Eheschließungen nach islamischem oder kirchlichem Recht werden nicht anerkannt. Das führt zu erheblichen finanziellen Einbußen: So können Mütter und Kinder nicht bei arbeitenden Ehemännern Familienversichert sein und auch die Steuergruppe kann nicht angepasst werden. Hier besteht zentraler politischer Handlungsbedarf für Übergangslösungen, solange diese objektiven Hindernisse bestehen. Es gibt viele Ehrenamtliche, die sich da seit Jahren ohne Erfolg dran abarbeiten. Eine Lösung ist uns nicht eingefallen.

- **Streichung der Mittel durch das Jobcenter**

In letzter Zeit ist es wieder öfter vorgekommen, dass Menschen und ganze Familien komplett aus den Leistungen des Jobcenters herausgefallen sind, weil sie die Bescheide nicht verstanden und angeforderte Belege nicht beibringen konnten. Eine große Falle ist auch, wenn die Kontoauszüge kontrolliert werden und dort, z.B. zur Unterstützung von Freunden, die kein Konto haben, Überweisungen getätigt werden. Oder Miete nicht überwiesen, sondern bar bezahlt wurde. Es kam auch vor, dass einmalige Einnahmen für das ganze Jahr monatlich angerechnet wurden. Das Jobcenter hat angekündigt, dass es seit 1.9.21 wieder für Publikumsverkehr geöffnet ist, dass man aber sich telefonisch um einen Termin bei der Sachbearbeiter*in holen muss. Das funktioniert aus verschiedenen Gründen oft nicht: Sachbearbeiter*innen sind im Urlaub, sie sind krank und haben keine Vertretung, die Vertretung ist nicht bekannt oder sie gehen nicht ans Telefon. Sachbearbeiter*innen im Homeoffice weigern sich, in besonderer Notsituation Lebensmittelgutscheine auszugeben, so dass Familien hungern müssen. Das müsste mit dem Leiter des Jobcenters besprochen werden.

- **Wohnungssuche**

Das ist nach wie vor eines der größten Probleme ohne kurz- und mittelfristige Lösungsmöglichkeiten und kann von Ehrenamtlichen kaum gelöst werden.

- **Impfen**

Hier gibt es die krudesten Verschwörungstheorien und Ängste, wie sie auch in der einheimischen Bevölkerung herumschwirren: Geimpfte sterben nach zwei Jahren, sie werden unfruchtbar usw. Das macht Überzeugungsarbeit in vielen Fällen schwer. Oft hilft es nur, mit gutem Beispiel voranzugehen. In vielen Fällen sind Flüchtlinge aber auch schon geimpft.

- **Verschiedenes**

Es ist immer schwierig, gute Rechtsanwälte zu finden. Herr Momberger aus Friedberg nimmt keine neuen Fälle mehr an. Johannes hat eine Liste in die er auch eine neue Empfehlung von Brigitte aufgenommen hat.

Protokoll: Johannes